«Wirtschaft & Politik aktuell»

Lehrerausgabe

Ausgabe 1, 2014

Sascha Gloor
Dr. Henry Goldmann

KLV

FAIR KOPIEREN!
URHEBERRECHT
ACHTEN.
www.fair-kopieren.ch

© by KLV Verlag AG

Alle Rechte vorbehalten

Ohne Genehmigung des Herausgebers ist es nicht gestattet,
das Dokument oder Teile daraus in irgendeiner Form zu reproduzieren.

Layout, Satz und Cover: KLV Verlag AG

KLV Verlag AG
Quellenstrasse 4e
9402 Mörschwil
Tel.: 071 845 20 10
Fax: 071 845 20 91
www.klv.ch
info@klv.ch

«Wirtschaft & Politik aktuell»

w&p aktuell

Sehr geehrte Kollegin
Sehr geehrter Kollege

Sie halten das erste Exemplar unserer neuen Reihe «Wirtschaft & Politik aktuell» in Ihren Händen. Gemeinsam mit der M1 AG wird der KLV halbjährlich ausgewählte Themen aus der «bergsicht», der zweimonatlich erscheinenden Publikation aus der Feder von Dr. Konrad Hummler, praxisnah für Ihren Unterricht aufbereiten und Ihnen zur Verfügung stellen.

Wir behandeln das ausgesuchte Thema immer unter drei Aspekten:

1. **Verständnis-Erarbeitung**
   Dazu bieten wir hilfreiche Anleitungen, so dass Sie weitgehend von eigener Vorbereitungsarbeit befreit sind.

2. **Verbindung des bergsicht-Textes mit einem Thema aus dem Schulstoff im Bereiche der Fächer Recht, Betriebswirtschaft oder Volkswirtschaft.**
   Hierzu erhalten Sie von uns ausgearbeitete Vorschläge, welche Sie tel quel verwenden oder durch eigene Ideen ersetzen können.

3. **Argumentation und Diskussion**
   In Hinblick auf die eigene staatskundliche Meinungsbildung machen wir konkrete Vorschläge, wie das angesprochene Thema in der Klasse diskutiert werden kann.

   In diesem Teil gibt es weder ein Richtig noch ein Falsch: Meinungen können und dürfen auseinandergehen; trainiert wird einerseits die Meinungsbildung und Argumentation und andererseits die Toleranz gegenüber anderen Ansichten.

Einmalig erhalten Sie mit dieser Zusendung zwei weitere Beilagen, nämlich das Curriculum Vitae über den Autor der Texte, Dr. Konrad Hummler, sowie Informationen zur M1 AG, welche diese Texte publiziert und als unabhängiger Think Tank kritisches Denken fördern will.

«Wirtschaft & Politik aktuell» wird halbjährlich in elektronischer Form erscheinen. Die Datei können Sie ab unserer Homepage unter www.klv.ch/wirtschaft-politik-aktuell herunterladen. Sie benötigen hierzu ein Passwort. Dieses erhalten Sie beim Verlag unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Bildungsinstitution (info@klv.ch).

Nun wünschen wir Ihnen viele interessante Lektionen mit unseren Unterlagen. Für Anregungen und Rückmeldungen sind wir Ihnen sehr dankbar. Bitte schreiben Sie mir doch an sascha.gloor@klv.ch.

Wünschen Sie gerne die komplette bergsicht, können Sie mir dies mitteilen unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Mailadresse und ich werde Ihre Koordinaten weiter leiten.

Freundliche Grüsse

Sascha Gloor
Verlagsleiter

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Auszug aus *bergsicht* Ausgabe 3, Oktober 2013

Alpenland – Wunderland?
von Dr. Konrad Hummler

bergsicht

Schweizer Arbeitsmarkt: liberal oder nicht?

«Der Schweiz wird attestiert, sie verfüge über einen liberalen, liquiden Arbeitsmarkt. In der Tat spielen hierzulande Tarifverhandlungen, wie sie Jahr für Jahr in unserem nördlichen Nachbarland mit viel Ach und Krach über die Bühne zu bringen sind, eine bedeutend geringere Rolle. Der Staat mischt sich nur indirekt, nämlich über die sogenannte Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, also über branchenweite Salärregelungen, in das Spiel um Nachfrage und Angebot für Arbeitskraft ein. Das Machtinstrument des Streiks wird von den Gewerkschaften äusserst selten, meistens nur im Zusammenhang mit Betriebsschliessungen oder -verlegungen, verwendet. Man bevorzugt das mehr oder weniger einvernehmliche «give and take» zwischen Arbeitgebervertretern und den Gewerkschaften. Mitbestimmung ist in der Schweiz nur als Element der Betriebsführung ein Thema.

In der Schweiz herrscht keine nennenswerte Arbeitslosigkeit. Dank dualem Bildungssystem und dank Zuwanderung gibt es genügend Fachkräfte. Das Lohnniveau der Schweiz ist hoch. Es liegt, kaufkraftbereinigt, durchschnittlich um etwa 20 Prozent höher als in unseren Nachbarländern. Das Arbeitsrecht schränkt die Arbeitgeber insgesamt deutlich weniger ein als im umliegenden Ausland, namentlich in Frankreich oder in Italien, wo der Arbeitnehmer für den Arbeitgeber zu einem Höchstrisiko geworden ist. Soweit, so gut. Wunderland Schweiz.

Das Bild stimmt eben doch nicht wirklich. Im Rahmen der Verträge mit der Europäischen Union wurden zur Abfederung von marktwirksamen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit sogenannte flankierende Massnahmen eingeführt, welche staatlichen Zwangsmechanismen, etwa zur Durchsetzung von branchenüblichen Minimallöhnen, Tür und Tor öffneten. Typisch schweizerisch, das heisst graduell, installierte man «paritätische» und «tripartite» Kommissionen, bestehend aus einer Arbeitnehmervertretung, einer Delegation der Arbeitgeber und Behördenmitgliedern. Ihre Aufgabe laut Gesetz bestand darin, sogenanntes «Lohndumping» durch ausländische Arbeitnehmer oder Unternehmungen festzustellen und gegebenenfalls für betroffene Branchen eine Lohnregulierung mittels eines vom Staat aufgesetzten Normalarbeitsvertrags herbeizuführen. Wenn es dabei geblieben wäre! In der Zwischenzeit hat sich eine Arbeitsmarktbürokratie installiert, und es geht längst nicht mehr um «Dumping» durch Ausländer, sondern um eine laufende und mit staatlicher Pranke durchgesetzte Arbeitsmarktregulierung. Man könnte auch von einer Lohnpolizei reden.

Wer's nicht glaubt, wie unliberal der schweizerische Arbeitsmarkt mittlerweile geworden ist, der greife zum «Lohnbuch 2013, Mindestlöhne sowie orts- und berufsübliche Löhne in der Schweiz», herausgegeben von der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich. Es handelt sich um ein fast 800 Seiten starkes Handbuch, in welchem sämtliche «Normallöhne» aller denkbaren Berufe fein säuberlich, auf alle Kaderstufen und Dienstjahre heruntergebrochen, errechnet sind. Daraus ergibt sich faktisch nicht nur ein Minimallohnregime, sondern das Gerüst zu einer umfassenden Lohnfestlegung durch den Staat. Fehlt nur noch eine Lohnpolizei. Sie wurde, unter dem Deckmäntelchen des gleichen Lohns für Mann und Frau, vor gut einer Woche durch die Justizministerin Sommaruga angekündigt. – Übrigens: Wo wohl wird der Lohnbuch-Wälzer gedruckt? In Deutschland. Im schweizerischen grafischen Gewerbe sind die Löhne offenbar zu hoch. Difficile est satiram non scribere.

So lange die Hochkonjunktur anhält, sind solche Markteingriffe für die Arbeitgeberseite kein wirkliches Problem. Was aber, wenn einmal Löhne nach unten angepasst werden müssten, um Entlassungen zu verhindern? Und: Ist denn ein relativ zu Europa trotz allem noch liberaler Arbeitsmarkt hinreichend, wenn die wahre Konkurrenz gar nicht auf diesem Kontinent, sondern in Asien und in Lateinamerika und anderswo ihr Wesen treibt?

Anspruch und Wirklichkeit: In der Pipeline für Volksabstimmungen über eidgenössische Initiativen dräuen von links fundamentale Angriffe auf die verbliebene Arbeitsmarktfreiheit, nämlich die Minimallohninitiative, welche ein Salärminimum bei CHF 4000.– pro Monat stipuliert (der Durchschnittslohn für typische Tieflohnbranchen wie die Hauswirtschaft liegt derzeit unter CHF 20.– pro

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Auszug aus *bergsicht* Ausgabe 3, Oktober 2013

Alpenland – Wunderland?
von Dr. Konrad Hummler

bergsicht

Stunde und damit deutlich tiefer als die geforderten CHF 4000.– pro Monat) sowie die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Wirtschaft und bürgerliche Kräfte bangen, dass sich die Mehrheit des Volkes vielleicht doch zur einen oder anderen Verlockung hinreissen lassen könnte, und argumentieren mit der kausalen Verknüpfung eines liberalen Arbeitsmarkts und dem erreichten Wohlstandsniveau in der Schweiz. Die Gefahr, solche und ähnliche Abstimmungen entgegen der üblichen Vernunft des Schweizer Volkes zu verlieren, liegt unseres Erachtens nicht in den linken Verlockungen, sondern im Umstand, dass die Argumentation mit dem liberalen Arbeitsmarkt unredlich ist, weil es ihn so ja gar nicht mehr gibt. Wenn sich Anspruch und Wirklichkeit zu weit von einander entfernt haben, wird es problematisch bis gefährlich, mit dem Anspruch ins Feld zu ziehen.
[...]
Die Zustimmung zu den genannten Volksinitiativen würde ein weitherum sichtbares und mithin katastrophales Zeichen für den Standort Schweiz setzen. Wäre man hierzulande ehrlich, dann entspräche dieses Zeichen allerdings weniger dem Beginn eines Paradigmawechsels als vielmehr dem Schlusspunkt einer Entwicklung, in welcher Regierung, Verwaltung, bürgerliche Parteien und Arbeitgeber (!) der Erosion des komparativen Vorteils eines freien Arbeitsmarktes längst freien Lauf gegeben haben.»

(Weiterführende) Quellen
bergsicht Ausgabe 3
Lohnbuch 2013
admin.ch

w&p aktuell

Thema 1: Lohninitiative
Übersicht

	Zeit
Begrüssung – Thema – Verteilung der Blätter	3 Min
Lesen des Artikels: • Markieren von unklaren Begriffen/Ausdrücken • Markieren von wichtigen Textstellen (nach eigener Einschätzung)	10 Min
Klären von Verständnisfragen, Fremdwörtern, Fachausdrücken • Eine Liste der vorkommenden Fremd-/Fachwörtern mit Übersetzungen wird durch uns für die LP soweit wie möglich vorbereitet • Sammeln der Fragen durch die LP auf WT oder OHP • Klären, was ohne Nachschlagen durch gegenseitige Kompetenz möglich ist • Direkt im Unterricht suchen durch Verwendung von Tablets oder Mobiles. Auftrag erteilen, zu zwei Personen: wer googelt was? (bei Handyverbot: 10 Min. Ausnahme zur gezielten Verwendung!) • Lehrperson ergänzt wenn nötig	20 Min
Verständniserarbeitung des Textes mit Leitfragen in Partnerarbeit • Die Leitfragen erhält die LP von uns, mit Lösungsvorschlägen (siehe Extrablatt) • Vor Abgabe der Lösungsvorschläge: ausgewählte Leitfragen einsammeln von Antworten der Klasse. • Lösungsvorschläge abgeben, nicht alles «einsammeln», das dauert ewig – und die Lernenden wollen offene Fragen beantwortet wissen!	20 Min
Zusammenfassung des Artikels in eigenen Sätzen: Das Wesentliche soll in maximal 5 Sätzen formuliert werden! • Die LP erhält von uns einen Lösungsvorschlag (siehe Extrablatt)	10 Min

w&p aktuell

Thema 1: Lohninitiative
Übersicht

	Zeit
Zusatzerarbeitung: Lohninitiative und Marktmechanismus (Angebots-Nachfragefunktion) • Gemeinsam erarbeiten/repetieren der allgemeinen Angebots-Nachfragfunktionen: Erstellen des Diagramms mit Kurven • Die Annahme der Lohninitiative bedeutet: Einführung von Mindestlöhnen → erarbeiten lassen durch Partnerarbeit, wie sich das auswirkt in der Angebots-Nachfragefunktion • Gemeinsam: Lösung erarbeiten als Grafik	10 Min
Eigene Meinungsbildung und Diskussion • Einzelarbeit: Jede(r) Lernende notiert 5 Argumente pro und 5 Argumente Kontra zum Thema Mindestlöhne • Wahl der eigenen Meinung + Begründung + Kontra-Argumente für die Gegenmeinung • Meinungsaustausch in der Klasse (nach Art und Belieben der LP), zum Beispiel: – Befürworter stellen sich auf die eine Seite des Zimmers, «Gegner» auf die andere. Abwechselnd eine Pro-Argument von den einen, das Kontra dazu von den Anderen – Schluss: Klasse als Abbild der Nation: was würde herauskommen?	15 Min

w&p aktuell

Thema 1: Lohninitiative
Zusatzinfos in Kürze

Arbeitsmarkttheorien
Die klassische (neoliberale) Arbeitsmarkttheorie besagt, dass Angebot (die Arbeitnehmer) und Nachfrage (die Arbeitgeber) über den Preis ins Gleichgewicht kommen. In der Theorie bedeutet dies somit, dass es grundsätzlich keine Arbeitslosigkeit gibt, da jeder Arbeitnehmer bereit wäre, zum entstandenen Marktpreis zu arbeiten, was keine Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Es gäbe Arbeitslosigkeit nur, wenn der Arbeitnehmer aus persönlichen Gründen nicht arbeiten will. Der Staat greift nur bei unerwünschten Auswüchsen ein, hält sich aber sehr zurück.

Die Arbeitsmarkttheorie vom britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) geht davon aus, dass eine Konjunkturflaute eine Arbeitslosigkeit nach sich zieht und die Angebots-/Nachfragekurve den Arbeitsmarkt nicht mehr regeln kann. Vielmehr soll sich der Staat einer antizyklischen Ausgabenpolitik bedienen und in guten Zeiten Geld sparen, um es in schlechten Zeiten auszugeben, so dass die Arbeitslosigkeit in schwierigen Zeiten abgefedert werden kann.

Gewerkschaften Schweiz
Gewerkschaften sind Selbsthilfeorganisationen der Arbeitehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeitsbedingungen einsetzen. In der Schweiz existiert ein Friedensabkommen. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben eine Sozialpartnerschaft. Streiks sind eher ungewöhnlich. Durch die tiefe Arbeitslosigkeit der Schweiz sind Arbeitgeber und Gewerkschaften daran interessiert, dass sie ein sehr gutes Einvernehmen haben. Gewerkschaften decken Misstände auf und sind auch politisch sehr aktiv. In Tarifverhandlungen oder Gesamtarbeitsverträgen tätigen die Gewerkschaften Abmachungen mit den Arbeitgebern wie Anzahl Ferientage, Erhöhung der Lohnsumme, etc.

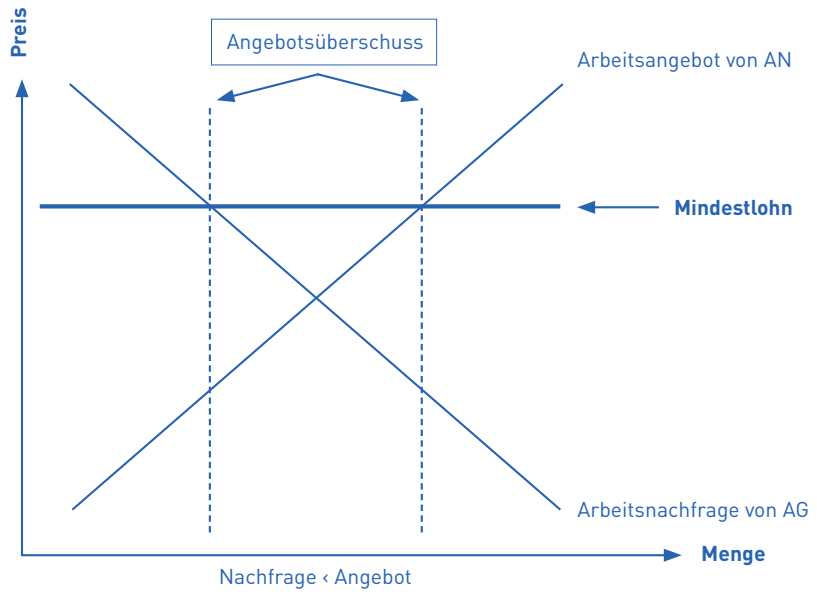
Flankierende Massnahmen
Um Erwerbstätige vor der missbräuchlichen Unterschreitung der in der Schweiz geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schützen, welche im Zusammenhang mit der Einführung des freien Personenverkehrs eintreten können, wurden am 1. Juni 2004 arbeitsmarktliche Massnahmen eingeführt. Diese ermöglichen die Kontrolle der Einhaltung der minimalen oder üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen am Arbeitsort. Werden Verstösse gegen verbindliche Löhne festgestellt, greifen auf individueller Ebene Massnahmen wie Sanktionen gegen fehlbare Arbeitgeber. Auf genereller Ebene wurden Massnahmen vorgesehen, welche sich auf eine gesamte Branche erstrecken können.

(Quelle: http://www.seco.admin.ch/themen/00385/00448/00449/index.html?lang=de)

Thema 1: Lohninitiative
Mögliche Verschiebung der Angebots- und Nachfragekurve bei einer Annahme der Mindestlohninitiative

Angebotsüberschuss nach klassischer VWL-Theorie

w&p aktuell



Mögliche Argumente Pro Mindestlohn

- CHF 4000.00 sind für eine 100 %-Stelle nicht viel
- Arbeit muss sich lohnen
- Keine Ausbeutung
- Soziale Gerechtigkeit
- CHF 4000.00 können sich alle Arbeitgeber leisten
- Arbeit muss seinen Wert haben

Mögliche Argumente Kontra Mindestlohn

- CHF 4000.00 für einen Lehrabgänger zu viel
- CHF 4000.00 für eine ungelernte Arbeitskraft zu viel, die bsp. direkt aus dem Ausland kommt
- Reichen CHF 4000.00 für den monatlichen Bedarf in der CH?
- Was ist ein gerechter Lohn
- Viele Stellen würden nicht mehr besetzt werden
- Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland
- Liberaler Arbeitsmarkt: «freier» Arbeitsmarkt mit wenig Vorschriften und Regelungen → Arbeitgeber können einstellen und entlassen, wie sie es für gut finden; ebenso Löhne zahlen, wie sie es gut finden
- Einige Personen würden für Lohn ‹ Mindestlohn arbeiten
- Bei Personenfreizügigkeit: massive Zuwanderung
- Preisfindungsmechanismus über Markt besser als staatlich reguliert

w&p aktuell

Thema 1: Lohninitiative
Fragen zum Text – Fachbegriffe-Fremdworte-Ausdrücke

- Liberaler Arbeitsmarkt: «freier» Arbeitsmarkt mit wenig Vorschriften und Regelungen
  → Arbeitgeber können einstellen, entlassen und Löhne zahlen wie sie es für gut finden
  → Arbeitnehmer können Stellen antreten und verlassen, wie sie wollen
  Welche Regeln haben wir in der Rechtskunde gelernt, welche die Liberalität des Arbeitsmarktes einschränken? → Die Kündigungsregeln, überhaupt: die Vorschriften des OR zum Arbeitsvertrag. → Ist das sinnvoll oder nicht?

- Liquider Arbeitsmarkt: (abchecken!): es hat genügend Arbeitskräfte zur Verfügung

- Tarifverhandlungen / Gesamtarbeitsvertrag / Allgemeinverbindlichkeitserklärung
  - Vorkenntnis: Einzelarbeitsvertrag: ein Angestellter – eine Unternehmung
  - GAV: eine Arbeitnehmervereinigung (Gewerkschaft) macht einen Vertrag mit einer GAV für Berufe oder Branche; Verhandlung mit Unternehmerverband bzw. mit einem Arbeitgeberverband.
    Inhalt: die Mindestbedingungen für Angestellte in dieser Branche: Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten, Mindest-Pausen, usw.
  - AVE: ein GAV einer bestimmten Branche wird vom Bundesrat für alle in dieser Branche tätigen Angestellten (auch die, die nicht in der Gewerkschaft Mitglied sind) für allgemeingültig erklärt.

- Bilaterale Verträge / EU / Personenfreizügigkeit: (Repetition/Klärung): EU-Bürger dürfen in der Schweiz gleichberechtigt wie Schweizer sich um Arbeitsstellen bewerben. Umgekehrt auch Schweizer im EU-Raum. → Keine Bevorzugung der eigenen Staatsbürger bei freien Arbeitsstellen gegenüber EU-Ausländern!

- Kommissionen paritätisch – tripartite: Kommissionen = nach einer bestimmten Regel zusammengestellte Arbeitsgruppen. Paritätisch: von beiden Seiten (AG/AN) gleich viele Vertreter. Tripartie: Vertreter von drei Seiten in der Kommission; neben AG + AN ein Behördenvertreter

- Dumping: unterschreiten einer Mindestgrenze. Hier arbeiten Arbeitnehmer zu tieferen als den festgesetzten oder üblichen Löhnen

- Mit staatlicher «Pranke» durchsetzen: mit Macht/Gewalt etwas durchsetzen

- Difficile est satiram non scribere: latein: es fällt schwer, keine Satire daraus zu machen.

- Satire: Spottspruch: Verspottung von Personen oder von Ereignissen

- In der Pipeline für Volksabstimmungen: im ursprünglichen Sinn: Rohrleitung (Erdgas), übertragen: am Entstehen, eine kommende Entwicklung

- «dräuen» von links Angriffe …: drohen; herannahen, aufziehen (wie ein Gewitter)

- Ein Minimum «stipulieren»: aufzeigen, verbindlich festlegen

w&p aktuell

Thema 1: Lohninitiative
Leitfragen zum Verständnis des Textes

1) Wie und zwischen welchen Parteien werden Arbeitsmarkt-Regelungen in der Schweiz bis jetzt vorwiegend getroffen?

   Durch einvernehmliches give and take zwischen Arbeitgebervertretern und Gewerkschaften.

2) Dank welchen zwei Faktoren gibt es in der Schweiz eine tiefe Arbeitslosigkeit?

   Stark vereinfacht: Dank dualer Bildung und dank Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland

3) Gemäss Text kommt es in der Schweiz «schleichend» zu immer mehr Arbeitsmarktregulierungen: In welchem Zusammenhang (was für Verträge, was für Probleme) entstehen diese zunehmenden Regulierungen? (In eigenen Worten/Sätzen beschreiben!)

   Die bilateralen Verträge mit der EU über die Personenfreizügigkeit können zu ungünstigen Auswirkungen führen. Diese sollen mit flankierenden Massnahmen vermieden werden. Diese flankierenden Massnahmen bestehen eben aus einer zunehmenden Regulierung.

4) Es wird das «Lohnbuch 2013» erwähnt: Worin sieht der Artikel darin die Vorboten einer «Lohnpolizei» in der Schweiz?

   Man erkennt, dass es nicht nur um Minimallöhne geht, sondern um ein Gerüst zu einer umfassenden Lohnfestlegung durch den Staat.

5) Es werden zwei Argumente erwähnt, warum Markteingriffe in Richtung von Mindestlöhnen für die Arbeitgeberseite problematisch sind. Welches sind diese zwei Argumente?

   1) Falls Löhne gesenkt werden müssten, um Arbeitsplätze zu retten
   2) Die wahre Konkurrenz (mit tieferen Löhnen!) ist gar nicht in Europa, sondern in Asien und Lateinamerika

6) Welche zwei Volksinitiativen sind in der «Pipeline»?

   1) Die Mindestlohn-Initiative
   2) Die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen

7) Welches sind die zwei Hauptargumente der Befürworter, warum die Schweiz solche Mindestlöhne gut verkraften könnte?

   - dass die Schweiz einen liberalen Arbeitsmarkt hat
   - dass wir ein hohes Wohlstandsniveau haben
   - niemand soll unter Armutsgrenze leben

8) Was würde gemäss Argumente im Artikel die Schweiz mit Annahme der Initiative definitiv verlieren (preisgeben)?

   Den komparativen Vorteil (Vorteil im Vergleich zu anderen Ländern) eines freien Arbeitsmarktes

Thema 2: Buchdruck im Ausland
Übersicht

Thema 2: Buchdruck im Ausland	Zeit
Formulierung des Auftrages	3 Min
Einteilung der Gruppen	5 Min
Vorbereitung der Gruppen auf die Podiumsdiskussion	30 Min
Diskussionen mit Fragestellungen	25 Min
Zusammenfassung und Resumée	15 Min

Thema 2: Buchdruck im Ausland
Politdiskussion

Bilden Sie eine Politdiskussion, wie sie in der Arena des Schweizer Fernsehens vorkommt. Folgende Voraussetzungen sind gegeben:

w&p aktuell

- 1 Moderator, die Lehrperson
- 1 Politiker des Kantons Zürich, der den Druck des Lohnbuches im Ausland befürwortet
- 1 privater Verleger, der seine Bücher ausschliesslich im Ausland produzieren lässt
- 1 Politiker des Kantons Zürich, der den Druck des Lohnbuches im Ausland bemängelt
- 1 privater Verleger, der seine Bücher ausschliesslich in der Schweiz produzieren lässt
- Je hälftig Befürworter und Gegner, welche sich im Publikum befinden und durch Handzeichen dem Moderator anzeigen, dass sie gerne zusätzliche Fragen stellen würden.

Jede Gruppe überlegt sich, was mögliche Argumente Pro seiner Position sein könnten. Um besser auf die gegnerische Seite reagieren zu können, überlegt sich auch jede Seite, was mögliche Positionen der anderen Parteien sein könnten um vorbereitet zu sein:

Pro Druck im Ausland seitens Kanton ZH

- Budgetdruck. Die Leute wollen immer weniger Steuern zahlen, das Geld muss irgendwo eingespart werden
- Nutzen übersteigt Schaden für die Volkswirtschaft. Durch die sehr grosse Differenz der Einsparung können Ausgabenkürzungen an anderer Stelle vermieden werden
- Verschiedene Offerten in der Schweiz wurden eingeholt. Da sich aber die Mehrkosten in einem so riesigen Rahmen bewegten, musste der Kanton Zürich aufgrund seiner Verantwortung gegenüber seinen Steuerzahlern den Auftrag ins Ausland geben
- Sicher schmerzhaft Verschiebung ins Ausland. Die Schweiz entwickelt sich aber vermehrt zu einem ausschliesslichen Dienstleistungsanbieter. Die Lohnkosten sind einfach zu hoch.
- etc.

Kontra Druck im Ausland seitens Kanton ZH

- Volkswirtschaftlicher Schaden. Der 2. Sektor verliert zunehmend an Bedeutung. Viele Arbeiter, welche im 2. Sektor tätig sind verlieren so ihre Stelle
- Kurzfristige Sicht: bei der Vergabe an einen Schweizer Unternehmer fallen auch viele zusätzliche Einnahmen für den Staat an: Sei es:
  - Gewinn- und Kapitalsteuern der Druckerei
  - Einkommenssteuern der Angestellten der Druckerei
  - Sozialversicherungsbeiträge der Druckerei
  - Die Druckerei vergibt an Subunternehmen Aufträge: auch dort fallen für den Staat die gleichen Einnahmen an
  - usw.
- Staat als Vorbild: der Staat erhält das Geld von Schweizer Steuerzahlern, also soll er es doch auch wieder in die Schweiz reinvestieren
- Umweltschutz: im Ausland produzierte Güter unterstehen einerseits meistens nicht den strengen Umweltschutzrichtlinien der Schweiz, andererseits fallen auch die Transportwege an, die meistens mit dem Lastwagen geschehen
- usw.

Thema 2: Buchdruck im Ausland
Politdiskussion

w&p aktuell

Pro Druck im Ausland seitens Verleger

- Kosten in der Schweiz viel zu teuer. Würden die Bücher in der Schweiz produziert werden, müsste sich der Verlag ausschliesslich auf wenige Blockbuster konzentrieren und müsste somit Personal abbauen. Somit erhält der Staat mehr
  - Gewinn- und Kapitalsteuern
  - Einkommenssteuern
  - Mehr Sozialversicherungsbeiträge
  - etc.
- Durch die Einsparungen werden auch mehr Steuern bezahlt, was wiederum der Schweiz zugute kommt
- Kleinere Auflagen können nicht mehr produziert werden
- Durch höheren Gewinn wird die Eigenkapitalbasis gestärkt
- Gewinn wird in Innovationen und neue Medien reinvestiert
- etc.

Kontra Druck im Ausland seitens Verleger

- Ein Schweizer Verlag, der sein Geld von Schweizer Kunden erhält, soll auch in der Schweiz produzieren
- Kunden zahlen in der Schweiz höhere Preise, also sollen sie auch Schweizer Qualität erhalten
- Umweltschutz: im Ausland produzierte Güter unterstehen einerseits meistens nicht den strengen Umweltschutzrichtlinien der Schweiz, andererseits fallen auch die Transportwege an, die meistens mit dem Lastwagen geschehen
- Durch die höheren Schweizer Preise können auch Druckpreise der Schweiz bezahlt werden
- etc.

Informationen zur M1 AG

M1 AG

Die M1 AG ist in St. Gallen domiziliert und beschäftigt derzeit fünf gleichberechtigte Partner. Die Herausgabe der bergsicht, der Verkauf von Büchern von und mit Beiträgen von Dr. Konrad Hummler, sowie Beratungsdienstleistungen sind ihr Unternehmenszweck.

Für Denkarbeit ist Freiheit unabdingbar. Der Autor und das Team der M1 AG nehmen für sich in Anspruch, über das denkbar höchste Mass an Unabhängigkeit zu verfügen: keiner Ideologie verpflichtet, keiner Partei, keinem Wirtschaftsverband, keinen Auftraggebern, keiner Produkte-Pipeline – nur dem eigenen Gewissen. Wir müssen nichts, wir dürfen nur.

bergsicht knüpft an die Tradition der früheren Anlagekommentare aus der Feder von Dr. Konrad Hummler zu seiner Zeit als Teilhaber der Wegelin & Co. Privatbankiers an. Die Ideen für bergsicht entstehen im Team der M1 AG, einem kleinen Think Tank von unabhängigen Skeptikern mit Leidenschaft zum Diskurs. In der bergsicht setzen wir uns mit strategischen Zeitfragen auseinander und versuchen so, das Bewusstsein für Chancen und Gefahren zu schärfen. Ergänzt wird bergsicht auf unserer Webseite www.bergsicht.ch mit Kurzkommentaren zu laufenden Geschehnissen unter der Rubrik wer hätte das gedacht.

Curriculum Vitae
von Dr. Konrad Hummler

bergsicht

Dr. Konrad Hummler
Konrad Hummler (*1953) wuchs in einem für Politik und Kultur sehr offenen Elternhaus in St. Gallen (Schweiz) auf. Primarschule und Gymnasium waren ihm nicht wichtiger als sein vielfältiges Engagement in Jugendorganisationen. Konrad Hummler studierte an der Universität Zürich Jurisprudenz und auf Einladung des Monetaristen Karl Brunner in Rochester (N.Y.) Ökonomie. Nach der Dissertation über ein Thema der Rechtsinformatik trat er in den persönlichen Stab des damaligen Verwaltungsratspräsidenten der Schweizerischen Bankgesellschaft, Dr. Robert Holzach, ein.
Ab 1989 war er bei Wegelin & Co. Privatbankiers, St. Gallen, tätig, seit 1991 als unbeschränkt haftender, geschäftsführender Teilhaber. Zusammen mit Dr. Otto Bruderer und einer zunehmenden Zahl an Geschäftspartnern wurde in zwanzig Jahren ein beispielloser Aufbau des Vermögensverwaltungsgeschäftes bewerkstelligt; Wegelin verfügte Ende 2011 über 14 Niederlassungen in der ganzen Schweiz und bewirtschaftete mit über 700 Mitarbeitenden Kundenvermögen von etwa 24 Milliarden Franken. Aufgrund einer krisenhaften Entwicklung in den Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Schweiz in Steuerfragen entschlossen sich die Wegelin-Teilhaber anfangs 2012 dazu, den Grossteil ihres Geschäftes in Form der neugebildeten «Notenstein Privatbank AG» an die Raiffeisen-Gruppe zu verkaufen, um damit Arbeitsplätze und Kundenbeziehungen zu erhalten. Nach dieser Zäsur erfolgte ein Neubeginn in Form der M1 AG, eines privaten Think Tanks für strategische Zeitfragen.
Konrad Hummler wurde 2001 als Mitglied in den Verwaltungsrat der Neuen Zürcher Zeitung gewählt, dessen Präsidium er nach der Wiederwahl an der GV im Jahr 2011 bis im Februar 2012 übernahm. Zuvor war Hummler in verschiedenen Unternehmungen als Verwaltungsrat tätig, so unter anderem bei der Christian Fischbacher AG, bei der Telsonic AG und der Deutschen Börse AG. Als Bankier und Verwaltungsrat versah er auch Mandate bei der Credit Europe Bank Genf und der Habib Bank Zürich AG. Von 2004 bis 2011 gehörte Konrad Hummler dem Bankrat der Schweizerischen Nationalbank an und waltete zudem während acht Jahren als Präsident der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell. Mit dem Verwaltungsratsmandat bei Bühler Uzwil bleibt er der Industrie weiterhin treu.
In der Freizeit liebt Hummler das Bergsteigen und das Mountainbiking. 1999 gründete er mit eigenen Mitteln die J.S. Bach-Stiftung, St. Gallen, mit dem Ziel, das gesamte Vokalwerk des grossen Komponisten zur Aufführung zu bringen und dies in Ton und Bild festzuhalten. Dieses Unterfangen wird ihn für die nächsten 10 bis 15 Jahre in Beschlag nehmen.

KH, 5. November 2013